



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 18.09.2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 21. September 2026

Fokusthemen: **Datenschutz, Bauen und Verkehr**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Diskussion über den Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten über die vorläufige Unterstützung einer EI befinden, mit der eine Stimm- und Wahlpflicht im Kanton Zürich gefordert wird. Anschliessend stehen die Schlussabstimmung zu einer Änderung des PBG betreffend Baulinien, die Abschreibung zweier Postulate sowie die PI betreffend «Das Recht auf Wohnen gehört in die Verfassung» und die Umsetzungsvorlage zur Motion betreffend «Thesaurierender Fonds für Uferwege» auf der Traktandenliste.

Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten soll genehmigt werden

Unumstritten ist der Tätigkeitsbericht der kantonalen Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2025. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, ihn zu genehmigen ([KR-Nr. 180/2026](#)). Dennoch dürfte die Behandlung des Geschäfts eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ratsmitglieder nehmen die Debatte erfahrungsgemäss zum Anlass, die Arbeit der Datenschutzbeauftragten zu würdigen und sich zu verschiedenen Punkten zu äussern. Die unabhängige Stelle für Datenschutz beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden sowie der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton Zürich. Als unabhängige Aufsichtsbehörde stellt sie sicher, dass die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger respektiert wird.

GPK-Präsidentin: Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil), 079 452 13 37

Einzelinitiative zu Stimm- und Wahlpflicht im Kanton Zürich

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Eine Person aus Eglisau möchte mit einer EI bewirken, dass für kantonale und kommunale Wahlen und Abstimmungen im Kanton Zürich eine Stimm- und Wahlpflicht eingeführt wird ([KR-Nr. 156/2026](#)). Die Person hat sich dabei an der Regelung orientiert, wie sie seit langer Zeit im Kanton Schaffhausen gilt, wünscht sich aber eine den Gegebenheiten im Kanton Zürich angepasste Variante.

Schlussabstimmung zu Baulinien

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) betreffend «Baulinien» zu erwarten ([6000](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat ist in erster Lesung allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Mit der Vorlage sollen die zulässigen Masse von vorspringenden Gebäudeteilen im Baulinienbereich von der Allgemeinen Bauverordnung (ABV) auf die Gesetzesstufe überführt und neu geregelt werden.

Gleichzeitig sollen die entsprechenden Bestimmungen in der ABV gestrichen werden. Die KPB beantragt mit 10 zu 5 Stimmen, die dazu nötige Änderung der ABV zu genehmigen ([6001](#)). Die

Kommissionsminderheit (SP, Grüne), die bereits den Antrag zur Änderung des PBG abgelehnt hat, will folglich auch die Änderung der ABV nicht genehmigen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22

Postulat zu ÖV-Thema soll abgeschrieben werden

Rasch behandelt werden dürfte die Abschreibung eines Postulats von SVP, SP, GLP und Grünen betreffend «Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 473/2022](#)). Mit dem Postulat wurde die Regierung aufgefordert zu prüfen, wie der ZVV die Linienführung im Bereich Wülflingen Nord anpassen kann.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Recht auf Wohnen soll nicht in die Kantonsverfassung

Umstritten war in der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) die parlamentarische Initiative (PI) betreffend «Das Recht auf Wohnen gehört in die Verfassung» von Grünen-Kantonsrätin Silvia Rigoni. Die STGK beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 340/2023](#)). Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Umsetzung der PI die Wohnraumsituation nicht verbessern würde. Um das Angebot an Wohnraum zu erhöhen, plädiert sie für marktorientierte Lösungen, den Abbau von bürokratischen Hindernissen und die stärkere Nutzung bestehender Instrumente wie der Wohnbauförderung. Eine Kommissionsminderheit sieht in einer Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Kantonsverfassung einen wichtigen Schritt, den Staat stärker in die Verantwortung zu nehmen und für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Sie beantragt, der PI zuzustimmen.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Kein Fonds für Zürcher Uferwege

Der Kantonsrat hat vor vier Jahren die Motion betreffend «Thesaurierender Fonds für Uferwege» von EVP, SP, GLP, Grünen und AL an den Regierungsrat überwiesen. Damit wurde gefordert, dass die gemäss Strassengesetz jährlich für die Erstellung von Uferwegen zu budgetierenden 6 Millionen Franken in einen Fonds eingezahlt werden sollen, in dem sie nicht verfallen können. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat nun mit 10 zu 5 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zur Motion nicht einzutreten ([KR-Nr. 61/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Die Kommissionsmehrheit teilt die Einschätzung des Regierungsrates, dass ein solcher Fonds die Uferwegprojekte nicht beschleunigen und der Regierung diesbezüglich keine zusätzlichen Möglichkeiten eröffnen würde. Eine Minderheit aus SP und Grünen hält den Fonds für dringend nötig und stellt einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Jonas Erni (SP, Wädenswil), 076 365 78 06

Postulat zur ZVV-Grundversorgung soll abgeschrieben werden

Rasch behandelt werden dürfte das Postulat der Grünen betreffend «ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 88/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, die Erschliessung von Siedlungsgebieten gemäss der ZVV-Angebotsverordnung sicherzustellen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass der

Kanton Zürich bereits heute zum allergrössten Teil angemessen, in geeigneter Form und in guter Qualität durch den ÖV erschlossen sei.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17

Ronny Nicolussi, Leiter Kommunikation und Medien, 043 259 20 12